



Der Bart des Propheten

In religiöse Verzückung versetzte ein Kleriker Gläubige im indischen Teil der Region Kaschmir, als er ihnen am vergangenen Montag, dem Geburtstag des Propheten, eine im Hazratbal-Schrein aufbewahrte Reliquie zeigte – angeblich ein Barthaar Mohammeds. Das Haar ist nur an hohen Feiertagen zu sehen.

Kommentar

Rote Linie

Die EU muss ihren Einfluss auf die Türkei besser nutzen als bisher.

Die Bundeskanzlerin, das Europaparlament, die EU-Kommission – sie alle zeigten sich in den vergangenen Monaten „besorgt“, „alarmiert“ und „entsetzt“ über den Demokratieverfall in der Türkei. Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat seinen autoritären Kurs trotzdem fortgesetzt. Nun haben die EU-Außen- und Europaminister angekündigt, vorerst keine neuen Kapitel in den Beitrittsgesprächen mit der Türkei zu eröffnen. Erdoğan dürfte sich auch davon wenig beeindruckt lassen. Die Erklärung sollte Entschlossenheit demonstrieren, gibt aber kaum mehr als den Status quo wieder: Die Verhandlungen stagnieren seit Längerem. Europa muss deshalb jetzt geschickt handeln. Die EU sollte sich auf drei Themen konzentrieren. Erstens: die Vertiefung der Zollunion. Die türkische Wirtschaft taumelt, die Arbeitslosigkeit ist auf ein Siebenjahreshoch angestiegen und Erdoğan mehr denn je auf den Handel mit Europa angewiesen. Hier hat die EU einen Hebel:

Sie kann türkischen Unternehmen den Export von Waren weiter erleichtern und im Gegenzug von der Regierung Zugeständnisse bei Menschenrechten einfordern.

Zweitens: die Liberalisierung der Visumpolitik. In den vergangenen Jahren hob die EU die Visumpflicht für Serben, Mexikaner, ja selbst für Bürger aus den Vereinigten Arabischen Emiraten auf. Sie hat ein Interesse daran, dass türkische Touristen den Kontinent bereisen, Verwandte treffen, an Konferenzen teilnehmen. Eine Lockerung des Visaregimes würde den Türken die Botschaft vermitteln: Wir mögen uneins mit eurer Regierung sein, aber ihr seid uns willkommen.

Und drittens: die Todesstrafe als rote Linie. Seit dem Putschversuch vom 15. Juli kokettiert Erdoğan mit dem Gedanken, die Todesstrafe wieder einzuführen. Sollte es dazu kommen, müsste die EU die Beitrittsgespräche nicht nur einfrieren, sondern sofort abbrechen.

Maximilian Popp